



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

29 (18.1.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201459](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201459)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Nr. 4. — woch. Nr. 6. —

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Poincarés Blodministerium.

Paris, 15. Januar.

Die große Woche der Kabinettskrise ist vorüber; in drei Tagen stellte Poincaré sein Kabinett zusammen, das sich nicht mehr auf die breite linksrepublikanische Mehrheit stützt, sondern auf den Bloc und einige rechtsstehende Gruppen. Daudet mit inbegriffen. Poincarés Plan reichte viel weiter. Ein Kabinett der nationalen Einheit zu bilden, wie er es im Jahre 1912 getan, war sein Ziel. Auf halbem Wege mußte er aber stehen bleiben, weil die republikanische Liga die Mitarbeit ablehnte, ohne an dem außenpolitischen Programm des neuen Kabinettschefs vorzugehen. Die Freunde Herriots, dessen „Liga“ jetzt das Jünglein an der Wage bildet, behielten sich ihre Seelensanahme zum Ministerium Poincaré-Barthou vor. Von dem praktischen Ergebnisse der bevorstehenden Verhandlungen mit England machen die Mitglieder der republikanischen Liga ihren Parteibeschluß abhängig. Bordenave lassen sie Poincaré agieren.

Bei den Sozialisten, die Briand stützen, findet Poincaré keine Gnade. Man verdammt ihn aufs Schärfste; freut sich, daß er mit der Liga zu keiner Verständigung gelangen konnte. Die Opposition der gemäßigten Sozialisten gegen das Bloc-Kabinett wird dem parlamentarischen Kampfe frischen Jähstoff liefern. Solange Briand am Ruder war, verhielten sich die gemäßigten Sozialisten abwartend; drei-mal votierten sie für das Kabinett. Sie stimmten vor Briand's Abreise nach Cannes wie ein Mann für die Resignation. Damit ist es nun aus. Poincarés Mehrheit umfaßt die gemäßigten Republikaner des Zentrums und die katholische Rechte bis zu den royalistischen Reaktionsären. In der Presse erkennt man bereits den deutlichen Niederschlag dieser Ver-änderung nach Rechts. Für das Kabinett sind nebst den Regierungsblättern „Leit Parisien“ u. „Matin“, fämliche Organe des Blocs, als da sind: „Journal des Debats“, „Echo de Paris“, „Gaulois“; dazu gesellen sich die reaktionären Blätter „Libre Parole“ und „Action Française“. Der „Temps“ geht vorwärts mit: die drei nationalistischen Ab-stimmungen („Liberté“, „Presse“ und „Intransigeant“) sind zu-linden. Auf der Seite der Gegner stehen die minder bedeu-tenden „Jeune France“, „Deuxième“ und „Le Nouvelliste“, woeegen das führende Finanzorgan, „Information“, in der Hand des Depulierten Herriot ist und demgemäß Poincaré kühl gegen-übersteht.

Wenn sich der Ministerpräsident die Gunst der misstrau-lichen französischen Handels- und Finanzkreise gewinnen will, bleibt ihm nichts anderes übrig, als zur Wirtschafts- und Handelskonferenz seinen Segen zu geben. Die Wiederher-herbeuerung der Beziehungen zu Rußland ist und bleibt die wichtigste Aufgabe der Handelswelt und der führenden Großbanken. In dem Blatte „Information“ erkennt man diese Drudpöli-sierung auf Poincaré ebenfalls deutlich, wie in den tonangebenden nachdrücklich hinweisen. Hier steht also Poincaré vor der entscheidenden Wahl. Doch er hat mit Lord George „Figaro“ mit, dessen Leitartikel, Lagarus, Poincarés Le-benslauf seit den Zeiten der Caillaux-Vätere ist.

In der Entschädigungsfrage hat sich die von der Finanzkommission Briand vorgeschriebene Schwereung aus der Zeit der Friedenskonferenz in wenig erfreulicher Er-gebnisheit beurteilt die Finanzlage Deutschlands zwar doch im Kabinett Briand vermochte sich Doumer keine volle Zustimmung zu verschaffen. Briand schaltete ihn in London und in Cannes aus; er arbeitete mit Voucheur zusammen. Bei dem letzten Treffen der Fall wesentlich anders. Er kommt mit einem schriftlichen Programm, das er in seinem Be-reich seines alten Freundes Poincaré. In diesem Ber-icht wird scharf auf die „deutsche Verschleierungsmethode“ losge-sprochen. Ein deutscher Bankrott läßt dem Bankmanne deutschen Industrie, an dem Erworbe, an den Bodenschätzen“, räumen erhalten, so führt der Weg zu diesen „Begründung-“ Geldwirtschaft. Für diese Einrichtung trat Postrie-olierliche Projekt hofft er jetzt endlich verwirklicht zu sehen. Die nächste Trennung der Entschädigungsfrage von den auf der europäischen Wirtschaftskonferenz zu behandelnden Fra-ge für die Unantastbarkeit des Friedensvertrages einsehen wird.

In einem vorläufigen Stillstand sind die in Cannes eingeleiteten Entente-Verhandlungen mit England und Belgien gekommen. Die Bemühungen der poincaristischen Blätter, diese Tatsache zu bemängeln, machen einen recht so-baldigen Eindruck, da ja Briand wegen dieser Besprechungen hinstellen als hätte sich an dem Stand der Dinge nichts ge-ändert. Dies bemerkt, wie ratlos der nationalistische Bloc in seiner wichtigsten Frage ist. Die republikanische Liga machte deutlich, daß Poincaré und Lord George beiderseits verbindende basis treffen solle. Poincaré konnte das nicht zugeben, sonst verlor er beim Bloc nicht einen Minister gefunden. Herriot legt hierher, daß die Unterstützung als Kabinettsmitglied. Daraus lung der Bündnisverhandlungen mit England vollkommen nach dieser Richtung hin getan, mag etwa als Anknüpfungspunkt benutzt werden. Sicher ist, daß Poincaré durch Ver-

mittlung der französischen Botschaft in London Vorschläge machen wird.

Eine Verhinderung zwischen Paris und Lon-don läßt sich konstatieren. Am selben Tage, als Lord George mit Poincaré beratschlagte, brachte der „Figaro“ den Mar-bericht, der Quai d'Orsay (das hiesige Außenamt) sei an Eng-land verkauft gewesen. In Cannes wollte Lord George die Früchte dieses Besetzungsmandates ernten. Das Blatt teilte nichts Näheres hierüber mit, verwies jedoch auf den Fall des Kabinettsdirektors Berthelot, des erprobten Englandfeindes. Briand soll sich in London über die Entlassung Berthelots ge-einigt haben. Die Interpellation über die China-Bank und das darauffolgende Demissionsgesuch Berthelots war bestellte Arbeit Englands. Kurz, man verdächtigt Briand, sich zum Handlanger einer probrütschen Politik des Außenamtes ver-geben zu haben. Geld, viel Geld spielte dabei die Rolle. Was an den Geschichten des „Figaro“ wahr ist, entzieht sich der Beurteilung. Vor dem Kriege tischte dasselbe Blatt äh-nliche Enthüllungen auf: Caillaux bekam deutsches Geld; Frau Caillaux trug ein Perlenkollier, das sie aus Potsdam erhalten; Saurès löste deutsche Schecks ein. Bloß eines teilte „Figaro“ niemals mit: aus welchen Finanzgruppen und Rüstungskon-ferenzen die Jahressubvention kommt (rund 1 Million Francs), die dem Verwaltungsrat des „Figaro“ Ende des Jahres über-wiesen wurde. Das Blatt gehörte zu den vom Petersburger Pressebureau unterstühten Pariser Blättern. Sowohlstis Wessungen wurden im „Figaro“ prompt erledigt.

Das Gerücht, die leitenden Beamten des Pariser Außen-amtes seien von England bestochen worden, steigerte das Miß-trauen gegenüber Briand. Man sprach von diesem „Ge-rücht“ in den Wandelgängen der Kammer. Jetzt rechnet man mit Poincaré, der die räudigen Schafe beseitigen soll. Der neue Minister des Auswärtigen wird Säuberung halten. Die Situation zeigt eine unverkennbare Kehlschleife mit der von 1912; der damalige Minister Poincaré sollte die Schlappheit des Außenamtes in der franco-russischen Politik beheben und erreichte dies durch einen großen Personalwechsel. Auch die-mal zieht er seine Amtstätigkeit in der gleichen Weise auf. Ein Diplomatenklub steht unmittelbar bevor.

An dem Marineprogramm Frankreichs wird das Kabi-nett ebensowenig ändern als an dem Ausmaße der Land-rüstungen. Poincarés alter Freund, Barthou, ist zum Vice-präsidenten (und Kriegsminister) ernannt; die Betonung die-ser neuen Würde zeigt, daß die Außenpolitik Frankreichs noch viel fester mit dem Rüstungsprogramm verknüpft ist als unter dem vorigen Kabinett. Barthou wird die Regierung führen, wenn Poincaré auf Reisen ist. . . .

Der erste Ministerrat.

Paris, 17. Jan. Heute vormittag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand der erste Ministe-rat des Kabinetts Poincaré stattgefunden. Ministerpräsident Poincaré setzte den Stand der auswärtigen Angelegen-heiten auseinander und berichtete über seine Unterredungen mit Lord George und Lord Curzon. Der Finanzminister de Castelle teilte in seiner Darstellung der Finanzlage mit, daß er demnächst den Budgetentwurf für das Jahr 1922 ein-zubringen gedenke. Der nächste Ministerrat werde am Don-nerstag stattfinden und die ministerielle Erklärung in der Kammer festlegen.

Der Widerspruch in der französischen Politik.

Berlin, 18. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Zu den Enthüllungen Wilsons über die Entschädigung des Friedensvertrages von Versailles, welche von seinem Freund Bader herausgegeben sind, ist eine weitere Fortsetzung unter der Ueberschrift „Die Furcht Frankreichs hält die Welt in Waffenspannung“ erschienen. Auf Grund bisher un-be-ratener Dokumente und Mitteilungen wird der Ursprung der jetzigen Krise in Frankreich dargelegt und auf den verhängnisvollen Widerspruch Frankreichs, welches auf der einen Seite von Deutschland eine ungeheure Entschädigung verlangt, es aber gleichzeitig wirtschaftlich und industriell zu-grunde richten wolle, hingewiesen. Frankreich befürchtet, so heißt es in den Veröffentlichungen, daß Deutschland angriffs-fähig werden könnte, wenn es wieder wirtschaftlich erstarke. Alles Uebel stammt von diesen einander entgegengelegten Zie-len, welche die französische Politik mehr oder weniger verfolgt hat und die das Programm der neuen Regierung kennzeichnen. Wilson gibt hier die ursprünglich geplanten Friede-nsvertragsentwürfe der Franzosen wieder, welche später ihren Niederschlag im Frieden von Versailles ge-funden haben.

Berlin, 18. Jan. (Vor uns. Berl. Büro.) Aus Washing-ton wird folgende Aeußerung des „New York World“ übermit-telt: Man muß unterscheiden zwischen berechtigter Furcht und unberechtigtem Ehrgeiz. Briand repräsentierte die garantierte Sicherheit Frankreichs, Poincaré und seine Anhänger repräsentieren eine Richtung, welche einen neuen Krieg darstellt.

Die Antwort an die Reparationskommission.

Berlin, 18. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Auch am gestrigen Nachmittag haben in der Reichskanzlei mehrfach Besprechungen stattgefunden, welche der Ausarbeitung der Antwort an die Reparationskommission gal-ten. Beteiligt sind an diesen sogenannten Chefbesprechungen das Auswärtige Amt, das Reichsfinanzmini-sterium und das Wiederaufbauministerium. Auch das Reichskabinett hielt gestern im Beisein Rathenaus eine Sitzung ab. Heute um 11 Uhr tritt dann, wie bereits schon das öfteren gemeldet, der Auswärtige Ausschuh zusammen, in dem Rathenau und der Kanzler sprechen sollen.

Die Konferenz von Genua.

Die Teilnehmer.

London, 18. Jan. Wie gemeldet wird, werden außer den Vereinigten Staaten alle Nationen in Europa, etwa 25 an der Zahl, zur Teilnahme an der europäischen Wirtschaftskonferenz, die am 8. März in Genua beginnt, ein-geladen. Lord George wird an der Konferenz teilnehmen und man erwartet, daß er etwa 2 Wochen von England ab-wesend sein wird. Seine Ratgeber in Wirtschaftfragen wer-den sein: Sir Robert Horne und Basil Baskett und eine Anzahl von Vertretern des britischen Schahanties. Wenn man annimmt, daß die Delegation und das Sekretariat jeder Na-tion durchschnittlich 40 Personen umfassen, werden an der Konferenz in Genua etwa 1000 Personen teilnehmen. Die Konferenz wird daher wahrscheinlich die größte bisher abge-haltene Konferenz ihrer Art sein. Wie verlautet, haben bereits die meisten der eingeladenen Länder ihre Annahme mitgeteilt. Es steht noch dahin, ob die britischen Dominions auf der Konferenz vertreten sein werden. Laut Associated Press sollen sie eingeladen werden, wenn sie den Wunsch ausdrücken, auf der Konferenz vertreten zu sein.

Russische Wünsche.

Kopenhagen, 18. Jan. Wie die „Berlinske Tidende“ aus Helsingfors meldet, wünscht die Sowjetregierung bei der Wirtschaftskonferenz in Genua folgende Fragen zur Beratung zu bringen: Bezahlung der russischen Staatsschulden, Schadenersatz für die Verluste infolge Intervention frem-der Mächte, Zurückgabe der russischen Handelschiffe die von Benetkin, Judenitsh und Wrangel weggenommen wurden. Regelung der ostibirischen Frage, wirtschaftlicher Wiederaufbau Rußlands, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, Regelung des Konsulatswesens und Erörterung der Baluta-frage.

Die Räteregierung hat eine besondere Kommission unter Leitung Tschitscherins ernannt, die diese Fragen im einzelnen ausarbeiten soll. Als Vertreter der Räteregierung auf der Konferenz in Genua sind Tschitscherin und Luma-tscharski auserselien worden. Lenin wird unter keinen Umständen an der Konferenz teilnehmen.

Noch keine Einigung in der Steuerfrage.

Berlin, 18. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) In den letzten Tagen ist in einigen Berliner Blättern mehrfach gemeldet worden, der Steuerkompromiß sei bereits ge-funden. Wir haben diese Meldungen immer sehr skeptisch auf-genommen, und diese Skeptis hat sich als richtig erwiesen. Tat-sächlich ist das Kompromiß noch immer nicht zu Stande ge-kommen, auch gestern nicht, wo die führenden Parla-mentarier beim Reichsfinanzminister Hermes nachmittags zu einer Besprechung beisammen waren. Herr Hermes schlug bei der Gelegenheit eine höhere Quote des Reichsnotopfers vor, als sie der Entwurf zur Vermögenssteuer vorschlägt. Die Sozialdemokratie indes ging von ihrem Verlangen nach der Erfassung der sogenannten Sachwerte nicht ab und auch heute noch erklärt der „Vorwärts“ ausdrücklich, die grundsätzliche Bereitschaft der Sozialdemokratie ohne aus-reichende Zugeständnisse der bürgerlichen Parteien, werde hineintreiben. Wörtlich heißt es da: „Die sozialdemokratische Partei wird, zumal angesichts der gespannten äußeren Lage Deutschlands in eine schwere innerpolitische Krise nicht gedankenlos in eine innere Krise hineinkauern, aber sie kann ihre Politik nicht ausschließlich von den Wünschen jener Kreise leiten lassen.“

Der Reichsanzler zur Lage.

Berlin, 17. Januar. In der heutigen Sitzung des Zentrumsparlamentes ergriff der Reichsanzler das Wort. Er stellte fest, daß die Verhandlungen des Parteitages ergeben hätten, daß die Gesamtrichtung der Po-litik der Reichsregierung von der Zentrumspartei im Großen Ganzen gebilligt wurde.

Unsere Politik, wenn sie Zentrumspolitik sei, sagte der Reichs-anzler, müsse ihre Kraft aus den Quellen der christlichen Weltan-schauung schöpfen, die es zur sittlichen Pflicht mache, in seinem Augenblick unserer Geschichte, vor allem dann nicht, wenn sie nach einer großen Katastrophe neu anhebe, und in seinem Augenblick unterirdischen Unglücks die Hände in den Schoß zu legen. In sei-nem Augenblick dürfe die Zentrumspartei aus parteipolitischen Er-wägungen sich vor der Verantwortung drücken. Es sei kein Verlaßes gewesen, gegenüber der ungerathenen Entscheidung in Genu über Ober-schließen die Politik des Reiches weiterzuführen. Man müsse an der menschlicher Vernunft und an den Menschheitsgedanken überhaupt verzweifeln wenn es nicht möglich sein sollte, auch in dem Chaos, das die ganze Weltwirtschaft jetzt umgibt, schließlich wieder dem Ge-danken der Vernunft freie Bahn zu lassen. Gegenüber den Vor-würfen wegen Unterzeichnung des Ultimatus erinnerte der Reichsanzler, daß er schon bei der Annahme des Ultimatus sagte, daß die wirtschaftlichen Folgen den Gegnern zur Last fallen. Das dar-mals gesprochene Ja, sei heute noch als richtig anzusehen. Damals sah die gesamte Welt die Lage nur politisch, nicht wirtschaftlich. Heute sei er dessen gewiß, daß man auf der Gegenseite über die Zahl der Milliarden, die das deutsche Volk zahlen solle, und über die wirt-schaftliche Bedeutung dieser Milliarden sich überhaupt nicht unterrich-tet habe. Heute habe man in allen Ländern gelernt, was Milliarden an Geld eigentlich wirtschaftlich bedeuten. Wäre das deutsche Volk in der Lage, alles buchstäblich zu erfüllen, hätte es Nahrungsmittel und Rohstoffe, um durch die Erzeugung und den Verkauf die Verfallens- und Londoner Bedingungen buchstäblich auszuführen, und wäre es so boshart, es zu tun, so würde, abgesehen von den deutschen Schorn-steinen, kein Schornstein in der ganzen Welt rauchen können. Sei, so fragte der Reichsanzler, die große Katastrophe damit wieder gut-gemacht, daß nun ein einziges Volk isoliert herausgehoben werde, daß man das deutsche Volk ausrette, wie eine Zitrone, um es dann als ausgewischt aus der Geschichte bei Seite zu legen? Die Kon-sultation des deutschen Volkes, hinzugefügt zu der Unfähigkeit der öst-lichen Völker werde den Weltkonferenz unter allen Umständen herbeiführen. Der Gedanke der Wirtschaft und Weltwirtschaft aber wirt-

Die Not der deutschen Presse.

Die Gefährdung ihrer wichtigsten Aufgaben.

18. Berlin, 18. Jan. Der Verein deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) hatte zu einem gefälligen Abend am 17. d. M. in den Räumen der deutschen Gesellschaft in Berlin die Spitzen der Behörden und Parlamente eingeladen, die auch der Einladung zahlreich gefolgt waren. Neben dem Reichspräsidenten waren auch eine Reihe von Mitgliedern des Reichskabinetts erschienen. Als Vertreter des Reichstags war Präsident E. B. mit Geheimrat Junghans erschienen. Das preussische Kabinett war durch Ministerpräsident Braun und Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf vertreten. Auch eine Reihe früherer Minister befand sich unter den Gästen, ebenso zahlreiche Parlamentarier. In sehr großer Anzahl waren die Mitglieder des Vereins erschienen. Der Vorsitzende des V. D. Z., Kommerzienrat Dr. Krumbhaar-Dieckhoff, begrüßte die Versammlung namens der großen Organisation der Verleger und Herausgeber der deutschen Tageszeitungen und führte u. a. aus:

„Die Gefahren, von denen der Bestand der deutschen Presse bedroht ist, sind Ihnen bekannt. Sie bestehen in der gewaltigen Steigerung der Herstellungskosten durch Löhne, Papierverwertung usw. in der Anzeigensteuer, der Erhöhung der Postgebühren und der Führung des Zeitungspapiers in einer zu hohen Preisklasse. Diese Bedrohungen lassen sich aus der Welt schaffen, wenn Regierung und Parlament der einmütigen Ueberzeugung sind, daß die deutsche Presse vor weiteren Schädigungen bewahrt bleiben muß. Sie kann weitere Belastungen durch gelehrerbische und Verwaltungsverordnungen überhaupt nicht mehr ertragen, wenn sie für die großen Aufgaben befähigt bleiben soll, die ihr obliegen und ihrer noch in der Zukunft barren. Aus der engen und unflexiblen Vereinnahmung geistiger Aufgaben und wirtschaftlicher Verpflichtungen, diesem Dualismus, wie er bei keinem anderen Unternehmen angetroffen wird, erwachsen dem Zeitungswesen die ungeheuren Schwierigkeiten unter denen es gegenwärtig zu leiden hat und wie sie bisher noch niemals dagewesen sind.“

Staatsmänner und Parlamentarier sind durch die Klagen von Berufsgruppen allmählich etwas abgerührt; aber es muß mit größtem Ernste ausgesprochen werden, daß die deutsche Presse, wenn die Entwicklung der Dinge so weiter geht, sich vor einem Abgrunde sieht. Sie hat von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, niemals zu den Großverdienern gehört, sie hat infolge ihrer beschränkten Entwicklung in ihren Pressen mit der ungeheuren Steigerung der Herstellungskosten nicht Schritt halten können und wenn die Entwicklung in den bisherigen Bahnen weitergeht, müssen schließlich auch die Organisationskraft und die Opferwilligkeit versagen, die die deutsche Presse bisher den Stürmen noch notwendig haben standhalten lassen.

Schon jetzt steht die deutsche Presse in der Auslandsberichterstattung hinter der Presse anderer Kulturnationen weit zurück, wie sollen wir aber aus der geistigen, wirtschaftlichen und politischen Blockade herauskommen, wenn die große deutsche Presse versagen muß. Die inneren Verhältnisse verlangen die Heranziehung jedes einzelnen zur politischen Tätigkeit und zur Mitverantwortung am Staate, aber wie soll die große Masse der heute noch unpolitisch Fühlenden zu dieser Erkenntnis und Verantwortlichkeit erzogen werden, ohne die Presse? Auch zum Wiederaufbau Deutschlands ist die Mitwirkung der Presse unentbehrlich. Aber wie soll jemand am Aufbau mithelfen, der selbst am Zusammenbrechen ist?

Ich rufe hier Ihnen unter gesamter deutscher Öffentlichkeit zu: Tuu ros agitur! Um seine eigene Sache geht es Deutschland! Wenn die deutsche Presse zusammenbricht, wird auch das Ausland den Eindruck gewinnen, daß wir nicht mehr den Willen und die Kraft haben, uns selber zu erhalten. Schließlich steht noch die schwere Gefahr drohend vor der Tür, daß ausländische Einflüsse in einer nicht erkennbaren Form sich eindrängen, eine Frage von höchster vaterländischer Bedeutung.

Deutschland ist stolz auf die Unabhängigkeit und Vielgestaltigkeit seiner Presse. Als ein treffliches Gegenmittel gegen die Mechanisierung und Monopolisierung der öffentlichen Meinung. Diese Besonderheit beruht zum Teil darauf, daß sich zahlreiche deutsche Zeitungen im Besitze von Verlegern und Verlegerfamilien befinden, die mit ihrem Unternehmen

organisch so verwachsen sind, daß sie in ihrer Zeitung nicht sowohl ein Erwerbsunternehmen als die Ausübung einer öffentlichen Pflicht erblicken. Diese Tradition zu pflegen und zu erhalten ist die vornehmste Aufgabe des V. D. Z. Der Redner schloß mit einem Hinweis auf den hohen Wert einer vertrauten und persönlichen Führungnahme und eines lebhaften Gedankenaustausches zwischen den Staatsmännern und Parlamentariern und der Verlegerenschaft.

Darauf ergriff das Wort der Vizepräsident des Reichsministeriums, Bauer, indem er zunächst namens der Reichsregierung für die Einladung herzlich Dank aussprach und das spätere Erscheinen des Reichskanzlers ankündigte. Er betonte den notwendigen Zusammenhang und den Zusammenhang einer gut geleiteten Presse mit der Staatsverwaltung in einem praktischen Staatswesen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet die Reichsregierung die Notlage der Presse als ihre eigene Notlage und als Notlage des gesamten Landes. Die Presse habe wertvolle erzieherische Aufgaben auf kulturellem und nationalem Gebiete. Die Presse habe zwei Seelen, eine ideale, geistige und eine wirtschaftliche. Aller Idealismus leide aber Schiffbruch, wenn die bittere Not die idealen Aufgaben unmöglich mache. (Sehr richtig.) Ueber die Vinderung der Räte der Presse schweben Verhandlungen, die hoffentlich zu einem günstigen Ergebnis kommen und die Existenz der Presse sichern würden. Die Notlage unseres Volkes, die mit der Notlage der Presse zusammenhänge, habe außenpolitische Ursachen. Die Presse könne die Regierung in außenpolitischen Kämpfen unterstützen und somit zur nationalen Wiederherstellung beitragen. Wenn die Presse den Gedanken der nationalen Einheit oder nationalen Selbstständigkeit dem Volke immer wieder ins Gedächtnis rufe, könnten wir zuversichtlich einer besseren Zukunft entgegensehen. (Lebhafter Beifall.)

Beschlüsse der deutschen Zeitungsverleger.

18. Berlin, 17. Jan. Die immer unerträglicher werdende Not des deutschen Zeitungswesens hatte am Montag und Dienstag dieser Woche die Vertreter der deutschen Verlegerenschaft aus allen Kreisen des Reiches zu ersten schwerwiegenden Beratungen in Potsdam zusammengeführt. Die Versammlung nahm nach ausgiebigen Besprechungen einstimmig eine Entschliessung an, in der mit erstem Nachdruck auf die Gefahren hingewiesen wird, von denen die deutsche Presse bedroht wird. Hierzu erscheint geeignet:

1. Sofortige und gänzliche Sperrung der Ausfuhr von Zellstoff, bis eine ausreichende Belieferung der Druckpapierfabriken im Inlande zu angemessenen Preisen durchgeführt und gesichert ist.
2. Zeitliche Sperrung der Ausfuhr sämtlicher Papierarten mit Ausnahme der Luxuspapiere, bis die Zeitungen und das Buchdruckgewerbe im Inlande dauernd und genügend mit Papier versehen ist.
3. Maßnahmen, die geeignet sind, eine Umgehung der die geordnete Papierausfuhr regelnden Bestimmungen zu verhindern.
4. Maßnahmen der Regierungen von Reich und Ländern zur Senkung der ständig steigenden Preise für Papierholz, soweit es für die Herstellung des Bedarfs der politischen Tageszeitungen für Druckpapier erforderlich ist.
5. Befreiung der für die Druckpapierezeugung in wichtigen Herstellungsgeländen unentbehrlichen und bereits im Ursprungsland hochbesteuerten böhmischen Braunkohle von der deutschen Kohlensteuer.
6. Sorge für eine bessere beschleunigte Waggengestellung für Zeitungsdrukpapier und der zu seiner Herstellung notwendigen Rohstoffe.
7. Vereinfachung des Maschinenlassendruckpapiers in Tarifklasse 53 des Eisenbahnzolltarifs, wie es der Reichstag bereits zweimal in Entschliessungen gefordert hat. Unbedingt erforderlich ist außerdem:
8. Befreiung der ungerechten Zeitungsanzeigensteuer im Umsatzsteuergesetz und
9. Unterlassung jeder gelehrerbischen Maßnahmen, insbesondere Erhöhung der Postzeitungsgebühren.

Am Schluß wird die Hoffnung und bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß an Hand der vorgeschlagenen und ähnlichen Maßnahmen es gelingen möge, dem Niedergang und der Verkümmern der deutschen politischen Tagespresse doch noch in letzter Stunde Einhalt zu tun.

aber es sei nicht zu erwarten, daß von heute auf morgen, nachdem die großen politischen Fragen viele Jahre lang diskutiert worden sind, dieses Problem in ein paar Tagen endgültig vom Tische der europäischen Völker verschwinden werde. Was wir brauchen, ist ein aufschüttendes Bekenntnis, daß es uns innerpolitisch ernst ist, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen.

In Gegensätzen über die Frage der Steuern und ihrer Verteilung fehlte es im Zentrum nicht, aber die parteipolitische Befähigung zeigte sich darin, daß wir ein Kompromiß zustande bringen werden, das beiderseits, bei den Bescheiden und Rücksichtlosen als ein zufriedenes Kompromiß angesehen werden kann. Sei es nicht möglich, dieses Kompromiß zu finden und mit der Mehrheitssozialdemokratie zu einem Kompromiß zu kommen, so sei innerpolitisch unsere Politik gescheitert. Wenn die Regierung nicht instande sein sollte, die Probleme in Verbindung mit den Parteien, die guten Willens sind zu lösen, so sei sie in offener Feldschlacht im Reichstagsplenum zu führen.

Wenn sich Leute fänden, die bereit seien, zur Uebernahme der Verantwortung, die Besseres leisteten und sich mehr anstrengen als das Zentrum, dann sei für das Zentrum die Zeit gekommen, sich parteipolitisch und persönlich einmal etwas auszurufen, aber nicht um in prinzipielle Opposition zu treten. Wenn man ein Volk vor sich sieht, das immer nur ein paar Monate Brot zur Verfügung habe und dessen Baluta von heute auf morgen gefährliche Entschliessungen umwerfe wie ein großes Kartenhaus, dann überlege man es dreimal, ob jetzt die Zeit gekommen sei, ein solches Volk nach dem Schlagwort zu spalten: daß jetzt die große Entscheidung zwischen links und rechts gekommen sei. Keine Schlagwortpolitik, sondern Realpolitik treiben, heiße für das Zentrum auch Opfer bringen steuerlich wie politisch. Die Zentrumspartei sei ein dienendes Mittel, um das deutsche Volk und die deutsche Nation zu retten. Die Zentrumspartei, die zum Teil die gefährdeten Bezirke Deutschlands im Westen das Rheinland und die Pfalz vertritt, sei die Partei, die gerade die deutschen Randgebiete wieder mit den nationalen Gedanken der großen Einheit und Weisheitslehre unseres Volkes erfüllen müsse. Es sei nicht gut, wenn in den Reihen der Zentrumspartei das Schlagwort ausgetrieben werden sollte: die Unitarismus, die Föderalismus. Es sei notwendig, daß im Zeitalter der Katastrophe die Kräfte mehr zusammengefaßt werden. Daß da die Hände auch Opfer bringen müßten, sei klar. Man müsse über die engen Grenzen der Heimat hinausehen. Neben Hessen, Sachsen, Baden und Bayern gebe es auch noch Thüringen. Daneben müsse man noch Verständnis haben für die große Geschlossenheit des preussischen Staatswesens. Man könne nicht mit einem Rockföckel in der ganzen Sache herumrühren

und nur von einem Zipfel unserer heimathlichen Erde aus Realpolitik treiben wollen. Gerade im Zentrum solle man sehen, daß es eine Wurzel hat in der nationalen Einheit unseres Vaterlandes, die ihm über alles gehe. Der Dienst an deutschem Vaterland und Volk und die Arbeit an seiner Freiheit sei für uns Gottesdienst und Christendienst, ist die große Liebe, die nicht nur das eigene Volk in sich betreibt, sondern auch im Dienste der Menschheit allen, die Menschenanliege tragen, etwas Gutes tun will.

Liberal oder demokratisch?

Durch die sozialdemokratischen Blätter des Landes wird größte Sorge um Schicksal und Zukunft einiger demokratischer Blätter des badischen Oberlandes. Sie sollen sich in den Händen des Herrn Reichstagsabgeordneten und Ministers a. D. Dietrich befinden und auf Grund dessen eine etwas eigentümliche Art demokratischer Politik machen. Neuerdings soll er seine Hand nach der demokratischen „Oberländer Zeitung“ in Singen ausgestreckt, aber mit dem Verlust kein Glück gehabt haben. Dazu kommt, daß die Konstanzer Zeitung, einmals ein gut und wohlverdienendes Blatt und als solches von bedeutendem politischen Einfluß, dann vom demokratischen Strudel der Novemberrevolution fortgerissen, sich langsam und vorsichtig von der demokratischen Partei abzulösen beginnt und zunächst einmal nach einer Ankündigung des Verlages sich den Parteien gegenüber unabhängig stellt. Die sozialdemokratische Presse spricht von einem Skandal. Der Vorstand der Demokratischen Partei ist beauftragt worden, die Angelegenheit der oberbadischen demokratischen Presse zu klären. Wir sind gespannt auf den Ausgang dieser Klärung. Vor allem auch darauf, ob diese Klärung sich auch auf die Stellung des Herrn Reichstagsabgeordneten Dietrich im politischen Leben erstrecken, ob er genötigt werden wird, Farbe zu bekennen oder ob er sich selbst verontlicht sehen wird, offen zu bekennen, zu der Richtung gehöre. Unserer Auffassung nach kann man nicht gut demokratisch und liberal sein. Was das Pendant zwischen diesen beiden Richtungen ist ein festes Ding. Unserer Auffassung nach kann man nur eines sein: entweder demokratisch oder liberal. Und es ist das Anrecht des Bürgertums in und nach der Revolution gewesen, daß es den Wesensunterschied der beiden Richtungen nicht scharf genug erfaßt hat und so in eine höchst unklare und schiefen Stellung gegenüber der sozialistischen Demokratie geraten ist, die das Fundament einer fest umrissenen, klaren Weltanschauung unter den Füßen hatte. Es hat u. E. nie eine abenteuerlichere Bildung gegeben als die Forderung nach einer liberaldemokratischen Partei. Wir können und wollen hier das ganze Problem nicht aufrollen und müssen uns mit einigen kurzen Andeutungen begnügen. Der Liberalismus durchdringt und baut auf Staat und Gesellschaft von der Persönlichkeit her, die Demokratie von dem Prinzip der Masse, der Weisheit, der Zahl her. In dieser ist, so lehrt die Demokratie, keine immanente Vernunft, daß wenn das Prinzip zur Herrschaft gelangt, die relativ beste Ordnung des Staats und der Gesellschaft sich ergibt. Der Liberalismus sieht in diesem Prinzip nur die Herrschaft des Durchschnitts, das Uebergewicht der mehr triebhaften, dumpfen Instinkte, das unter seiner Waage das Schalten der auserwählten, begabten Persönlichkeit begründet. Er glaubt, daß in dem Votum einer überaus großen Persönlichkeit mehr Klugheit, Vernunft und Gewisheit des „Glückes der größten Zahl“ ist, als in dem Votum einer Mehrheit, die nach dem einfachen Prinzip der Zahl abstimmt. Die Demokratie übergibt die Führung an die Masse, die nach naturgelehrlicher immanenter Vernunft schon den besten Weg findet. Der Liberalismus fordert die Führung durch die starke, überragende Persönlichkeit, die soviel Freiheit des Willens haben muß, daß sie durch die Masse nicht herabgezogen wird. In der Demokratie gibt es nur ein Regieren mit der Mehrheit, mit der großen Zahl. Der Liberalismus wird von seiner Wertung der Persönlichkeit aus unter Umständen ein Regieren gegen eine misleitete und irrende Masse nicht als eine Ungehörlichkeit und ein Verbrechen gegen die Volkssouveränität betrachten.

Das sind in großen Zügen die Unterschiede zwischen Liberalismus und Demokratie. Man wird sich einmal entscheiden müssen. Seit der Revolution pendeln unendlich viele Bürgerhillsos und hoffnungslos zwischen Liberalismus und Demokratie hin und her, ohne zu versuchen, sich klarzumachen, ob sie nun auf dem Boden der liberalen oder der demokratischen Weltanschauung stehen. Dieser Rangel an grundsätzlicher Ersaffung der Dinge hat die Stellung des Bürgertums so unendlich geschwächt.

Die Vorgänge im badischen Oberland sind nur ein Ausschnitt aus diesem Hin und Her im deutschen Bürgertum, das eigentlich liberal eingestellt, durch die demokratische Welle ins Schwanken geriet. Auch dort wird man sich einmal entscheiden müssen. Des Schillerns und Pendelns wird ein Ende sein müssen. Man kann nicht demokratisch und liberal zugleich sein. Auch Herr Dietrich und noch so manche Bürger Badens werden sich entscheiden müssen, wenn sie nicht dem Fluche aller Halbheit und grundsätzlichen Unklarheit verfallen wollen: der Unfruchtbarkeit.

Deutsches Reich.

Cörm im Berliner Stadtparlament.

18. Berlin, 18. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Zu wußten Ausschreitungen kam es gestern wieder einmal in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, und zwar waren es diesmal die Kommunisten, die im Saale und auf der Tribüne zusammenarbeiteten. Die Kommunisten beantragten Neuwahlen der Erwerbslosenräte und verlangten, daß eine einmalige Beihilfe an die Erwerbslosen schon an einer früheren Stelle der Tagesordnung behandelt werde. In diesem Augenblick setzte die Tribüne mit ein. Als der Antrag der Kommunisten abgelehnt wurde, gab es einen Höllelärm. Auch drünten im Saale erlöhnten sich die kommunistischen Stadtverordneten. Auf der Tribüne erhob die Menge Beifall und markierte Entrüstung. Die Fäuste wurden geballt und Riespufover wirbelte durch die Luft. Der Stadtverordnetenvorsteher ordnete die Räumung der Tribüne an, doch war es ihm nicht möglich, mit seiner Stimme durchzubringen. Erst mühsam gelang es einem Stadtrat, der sich auf die Tribüne begab, durch gütliches Zureden den Chor der Rache zum Abzug zu bewegen.

Baden.

17. Karlsruhe, 17. Jan. Wie amtlich mitgeteilt wird, werden sich am Freitag die präsidierenden Mitglieder der Bundesregierung in Berlin zu einer Konferenz über die innere und äußere Politik zusammensetzen, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehalten werden soll. Staatspräsident Hummel wird sich zu diesem Zweck nach Berlin begeben.

17. Karlsruhe, 17. Jan. Die Fraktionen des Landtags waren am Montag und Dienstag verammelt und beschloßen sich mit den für die ersten Sitzungstage in Aussicht genommenen Verhandlungsgegenständen. Wie schon mitgeteilt, wird der Landtag am kommenden Montag Radmitag zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten.

G e s e t z u n d R e c h t

Geldstrafe und Geldentwertung.

Schon lange stand die Geldstrafe in keinem Verhältnis zum Geldwert mehr. Jedem war eine Geldstrafe von 100 Mark ein empfindlicher Schlag und ihn auszugleichen, mußte der Täter auf manchen Genuss verzichten. Er spürte die Strafe. Je mehr aber der Geldwert sank, desto leichter war die Geldstrafe zu ertragen. Auf den Ertrag einiger Arbeitstagen, den die Geldstrafe ausmachte, konnte man leichten Herzens verzichten. Häufig war, namentlich bei jugendlichen Verbrechern, die Beobachtung zu machen, daß die Verurteilung zu einer Geldstrafe absolut keinen Eindruck mehr verursachte. Wenn nun auch die Gerichte innerhalb des ihnen vom Gesetz gelassenen Spielraums die Geldstrafe höher faßten als in Friedenszeiten, so waren ihnen jedoch durch die Höchstgrenzen die Hände gebunden. Gegen diesen Mißstand haben sich zahlreiche Stimmen erhoben, die eine bessere Anpassung der Geldstrafen an den Geldwert forderten. Diesem Verlangen trägt das mit dem 1. Januar 1922 in Kraft getretene „Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebiets der Geldstrafen und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen“ Rechnung. Es beschneidet ein dreifaches, Erhöhung des Strafmaßes bei Geldstrafen, Ausdehnung des Gebiets der Geldstrafen und Einschränkung der Freiheitsstrafen.

Zur Anpassung der Geldstrafen an die heutige Zeit hat das Gesetz eine zehnfache Entwertung des Geldes als Maß genommen und daher den Höchstbetrag der Geldstrafen, überall, wo sie in Reichs- oder Landesgesetzen bei Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen angedroht sind, auf das Zehnfache erhöht. Für die einfache mündliche Beleidigung betrug die höchste Geldstrafe bisher 600 Mk. Nunmehr kann der Richter bis auf 6000 Mk. erkennen. Auch wo nach Reichsrecht oder Landesrecht Behörden z. B. die Polizei oder Beamte Geldstrafen bis zu einem bestimmten Höchstbetrage anordnen können, sind diese künftig berechtigt, die zehnfache Strafe festzusetzen. Die neue Erhöhungsvorschrift gilt aber nicht, wenn die angeordnete Geldstrafe in dem Mehrfachen eines bestimmten Strafmaßes besteht. Die in reichs- oder landesgesetzlichen Strafgesetzen vorgesehenen Bußen werden gleichfalls um das zehnfache erhöht. Dem Beleidigten im Falle des § 188 St.-G.-B. oder den durch Körperverletzung Geschädigten kann damit nunmehr eine Buße bis zu 60 000 Mk. zuerkannt werden. Aus der Erhöhung ergibt sich als notwendige Folgerung, daß der Strafrahmen der Uebertretung künftig bis zu 1500 Mk. statt 150 Mk. ausgedehnt ist und daß bei Umwandlung einer Geldstrafe in die Ersatzfreiheitsstrafe nicht mehr 15 Mk. sondern 150 Mk. als höchster Betrag einem Tage Gefängnis gleichgesetzt werden.

Neben der Erhöhung ist dann auch die Anwendung der Geldstrafe erweitert worden. Es gab viele Strafhandlungen, bei denen bisher nur auf Freiheitsstrafe erkannt werden konnte, z. B. Diebstahl, Urkundenfälschung. Jetzt kann in diesen Fällen auf Geldstrafe erkannt werden, allerdings unter zwei Voraussetzungen, daß der Täter nicht mehr als drei Monate Freiheitsstrafe verwirkt hat, die Tat also geringfügig ist, und ferner, daß der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden kann. Diese letztere Bestimmung wird nicht so einfach zu handhaben sein. Welches ist nach unserer heutigen Anschauungen der Strafzweck? Soll die Strafe abtun, soll sie den Täter bessern? Allerdings genügt zur Umwandlung die Möglichkeit, daß der Strafzweck erreicht werden kann. Ob er wirklich erreicht wird, kann dahingestellt bleiben. Diese Vergünstigung kann das Gericht auch auf die noch vor Erlass des Gesetzes zu Freiheitsstrafen Verurteilten ausdehnen. Zu weniger als 3 Monate Freiheitsstrafe Verurteilten, können die Umwandlung in Geldstrafe beantragen. Das gilt auch für den Rest der Strafe, der etwa noch nicht abgesehen ist.

Die Geldstrafe wird ferner durch allerhand Erleichterungen bei der Vollstreckung schmächter gemacht. Je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Verurteilten kann das Gericht, daß die Strafe in bestimmten Teilbeträgen gezahlt wird. Vor allem hat unter Voraussetzung eines Gedankens der bevorstehenden Staatsrechtsreform, eine neue Strafart Eingang gefunden. Die uneinbringliche Geldstrafe kann statt durch Freiheitsstrafe „durch freie Arbeit“ getilgt werden. Was darunter man an eine Arbeitsleistung, die zwar auch als Strafe gilt, die den Leistenden aber nicht entehrt wie die heutige Freiheitsstrafe. Das Problem ist neu, aber auch nicht ohne Widerspruch. Man bezweifelt, daß man die Arbeit eines Verurteilten wirklich zu einer freien gestalten kann. Das Gesetz geht nicht weiter darauf ein. Es überläßt die nähere Regelung der Reichsregierung unter Zustimmung des Reichsrats. Schließlich ist noch auf eine Neuerung hingewiesen. Kann nämlich Arbeit leisten und trägt er an diesem Mangel kein Verschuldung, so kann gleichwohl das Gericht anordnen, daß die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe unterbleibt. Es tritt dann nämlich überhaupt keine Strafpolizeistrafung ein. Erst wenn sich die Vermögensverhältnisse des Verurteilten bessern würden, würde die Vollstreckung der Geldstrafe wieder aufgenommen werden.

Wie sich die Neuerungen im einzelnen auswirken werden, muß uns die Zukunft zeigen. Der Reichsjustizminister bezeichnet das neue Gesetz als einen Wendepunkt in der Geschichte des Strafrechts. Ob er sich in seinen Erwartungen nicht getäuscht sehen wird? Finanzpolitisch ist das Gesetz eine Neuerung der Einnahmen und durch die Einschränkung der Freiheitsstrafen eine Minderung der Ausgaben bringt. Verfehlt aber wäre es, wenn die Milde der Bestrafung die Achtung vor dem Strafgesetz weiter untergraben würde.

Die Umsatzsteuer der Landwirte.

Vom Verband bad. landwirtschaftl. Genossenschaften in Karlsruhe gehen uns die nachstehenden Darlegungen mit der Bitte um Veröffentlichung zu, die die Aufstellung ihrer Umsatzsteuererklärung zu erleichtern. Den Darlegungen liegen die vom Reichsfinanzminister genehmigten Richtlinien zugrunde. Die Umsatzsteuer ist eine Verbrauchs- und Verkehrssteuer. Umsatzsteuerpflichtige Einnahmen:

1. aus Verkauf von Tieren aller Art (Pferde, Milch- u. Zuchtstiere, Schafe, Hegen, Gänse, Hühner, Tauben, Kanarienvögel usw.);

2. aus Verkauf von Feldfrüchten aller Art (Getreide, Klee, Heu, Gras, Flachs, Desfrüchten, Kartoffeln, Erbsen, Rüben usw.);
3. aus Verkauf von sonstigen Erzeugnissen (Milch, Butter, Eier, Käse, Wurst- und Fleischwaren, Honig, Bienenvölker, Fische, Mehl, Stroh, Streu (auch Waldstreu), Torf, Holz, Dünger, Hühnerfutter, Wolle, Häuten, Eis, Sand, Lehm usw.);
4. aus Verkauf von Inventargegenständen (Wagen, Geschirr, Maschinen, Möbel usw.);
5. aus Tauschgeschäften mit lebendem und totem Inventar (nicht der Mehrwert, sondern der ganze Wert jedes Teiles umsatzsteuerpflichtig);
6. aus anderen neben der Landwirtschaft betriebenen Gewerben (Bauhandwerk, Acker für Fremde, Gastwirtschaft, Metzgerei, Fleischbeschau, Schmiede und anderes Handwerk, Drechelmaschinenüberlassung, Deckelher, Lehrgelder für Volontäre usw.);
7. aus Frucht- und Ablieferungsprämien, Aufzuchtverträgen (jeweils Kaufverträge), Ueberlassung des Acker, Gras usw. Nutzungs usw.;
8. aus Gartenpflege, Kleintierhaltung und sonstigen selbständigen Geschäften der Ehefrau;
9. aus Erlös für Ablieferung von Tieren an den Feindbund und aus Rotschlachtungen, bei Weinverkauf auch aus der Weinsteuer, da sie einen Bestandteil des Preises bildet.

Endlich ist steuerpflichtig der Eigenverbrauch. Unter Eigenverbrauch ist die Entnahme von Gegenständen aus dem eigenen Betrieb für den Selbstverbrauch für sich und die unterhaltsberechtigten Familienangehörigen zu verstehen. Dazu gehören Kinder, Eltern und Großeltern, nicht aber Geschwister u. Verchwägerte des Betriebsinhabers. Die Frage, ob auch der Eigenverbrauch von Familienangehörigen, die innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes des Unternehmers tätig und imstande sind, sich selbst zu unterhalten (Töchter und Töchter), umsatzsteuerpflichtig ist, liegt z. Bt. dem Reichsfinanzhof zur Begutachtung vor.

Nach Weisung des Reichsfinanzministers sollen die Umsatzsteuerämter mit den amtlichen Berufsverzeichnissen der Landwirtschaft Normalsätze für erwachsene männliche Personen über 16 Jahre aufstellen. Der Verbrauch einer Frau und einer alten Person wäre nach dieser Anweisung mit 80 Proz. des Normalmaßes anzusehen und der Verbrauch der Kinder unter 16 Jahren je nach Alter mit 20 Proz. bis 80 Proz. des Normalmaßes.

Ermäßigungen beim Anlaß des Eigenverbrauches sollen auch nach der Anweisung des Reichsfinanzministers eintreten bei Steuerpflichtigen mit großer Familie, ferner solchen mit sog. Zwergbetrieben (3 Morgen) und bei Beschränkung des Betriebes auf nur eine Kulturart, z. B. nur Weinbau.

Als Preise der zum Eigenverbrauch entnommenen Waren gelten die üblichen, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Verkaufspreise.

Nicht umsatzsteuerpflichtig sind: Erlös aus Grundstücksverkauf, Erlös aus Inventar beim Verkauf des ganzen Gutes, Einnahmen aus der Verpachtung und Vermietung von Grundstücken und umdämmten Wohnungen, ferner ausbezahlte Versicherungssummen. Geschäftliche oder häusliche Ausgaben dürfen an den umsatzsteuerpflichtigen Einnahmen nicht abgezogen werden, da die Rohelnergebnisse ohne Rücksicht auf Gewinn oder Verlust zu versteuern sind.

Es besteht Aufzeichnungspflicht, von der bis Ende 1924 nur landwirtschaftliche Betriebe ausgenommen sind, die im Jahre 1919 einschließlich Eigenverbrauch nicht mehr als 40 000-Mark Einnahmen hatten.

Die Einnahmen (Entgelte) sind fortlaufend mit Tinte in ein Buch oder Heft einzutragen, das zehn Jahre lang aufzubewahren ist. Wird die Buchführung über die umsatzsteuerpflichtigen Einnahmen unterlassen, so kann das Finanzamt ohne weiteres den Umsatz schätzen.

Eine Freigrenze gibt es nicht mehr. Nach Weisung des Reichsfinanzministers sollen die Fälle, in denen sich Landwirte über das Verhalten von Umsatzsteuerbehörden bei der Veranlagung beschwert fühlen, möglichst durch mündliche Rücksprache der örtlichen landwirtschaftlichen Berufsorganisation mit dem Vorsitzenden des Umsatzsteueramtes erledigt werden.

Zur Warenumsatzsteuererklärung.

Die im Monat Januar für das Jahr 1921 abzugebende Umsatzsteuererklärung gibt Anlaß, die wichtigsten steuerfreien Umsätze nochmals kurz hervorzuheben. Hinsichtlich der Jahressumme der Einnahmenseite ihres Kassabuches anzugehen und die im Steuerformular gestellten Fragen nicht oder nicht vollständig beantwortet. Beides hat insofern Nachteile zur Folge, als damit vielfach Umsätze versteuert werden, die der Umsatzsteuer nicht unterliegen. Beispielsweise sind alle Einnahmeposten, die auf vorgelegte Förderungs- und Verleierungsstellen entfallen, kein Entgelt im Sinne des Umsatzsteuergesetzes und darum von der Steuer frei. Beantw. werden muß, daß nur tatsächlich verauslagte Frachtkosten hierher fallen. Der Verkäufer, der frei Empfangstation liefert, kann die ihm entfallenden Frachtkosten nicht absetzen, weil er sich zur Tragung der Verleierungsstellen ja verpflichtet hat. Der Kaufpreis einschließlich Frachtkosten bildet hier das Entgelt für die Lieferung der Ware und die von ihm übernommene Verleierungsstelle. Beim Verkauf frei Verleierungsstellen dagegen können die etwa in Rechnung gestellten Frachtkosten oder Porto abgesetzt werden. Ferner ist zu beachten, daß die in Einnahme enthaltene Summen für die Verpackung von gelieferten Waren gleichfalls von der Umsatzsteuer befreit sind, wenn die Verpackung wieder zurückgenommen und der hierfür in Rechnung gestellte Betrag den Kunden gutgeschrieben wird. Ferner kommt es vor, daß Einnahmen, die mit dem Geschäft als solchen nichts zu tun haben z. B. aus privaten Verkäufen durch die Kasse laufen. Auch diese Einnahmeposten scheiden für die Besteuerung aus, da sie nicht für Umsätze innerhalb des Gewerbes erzielt sind. Als Umsatz sind weiter nicht anzusehen die Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen z. B. seitens der Post für verloren gegangene Sendungen, die Einnahmen aus Schadensersatzleistungen von Versicherungsgesellschaften z. B. für Diebstahl oder Brandschaden. Da im Steuererklärungsformular nur nach dem gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen oder Leistungen gefragt ist, so sind alle die vorher bezeichneten Einnahmen im Formular nicht anzugeben. Nun ist nicht gesagt, daß die etwa verbleibende Summe als steuerpflichtiger Jahresumsatz zu betrachten ist. Auch unter diesen Einnahmen können sich noch steuerfreie Umsätze befinden. Zur Feststellung derselben enthält das Formular eine Reihe von Fragen. Ein Nachdenken über den Inhalt dieser Fragen und ihre sorgfältige Beantwortung würde vielfach eine nicht geringe Steuerersparnis einbringen. Nur die wichtigsten dieser umsatzsteuerfreien Einnahmen seien genannt:

Es sind dies vor allem alle Einnahmen aus Umsätzen aus dem Ausland und aus Umsätzen, die unmittelbar ins Ausland erfolgt sind (§ 2 Nr. 1). Umsatz ins Ausland liegt aber nur dann vor,

wenn die abzugebende und rechtliche Verfügungsgewalt über die Ware dem Abnehmer im Ausland übergeben wird. Kauf der Ausländer im Laden des Steuerpflichtigen, so unterliegen die Einnahmen hieraus der Umsatzsteuer u. z. selbst dann, wenn die gelieferten Gegenstände auf Verlangen des Käufers an seine ausländische Adresse geschickt werden. Denn in solchen Fällen hat der Käufer mit der Bezahlung schon die Verfügung über die Ware erhalten. Umsatzsteuerfrei sind ferner Einnahmen, die auf reinen Geldumsätzen beruhen. Dennoch sind abzugeben sämtliche Einnahmen aus den Forderungen, die über die Kasse laufen, Einnahmen aus der Abtretung von Forderungen, Zinseinnahmen, Einnahmen aus dem Verkauf von Wertpapieren (§ 2 Nr. 2). Es sind ferner frei Einnahmen aus verpachteten oder vermieteten Grundstücken. Die wichtigsten ist die des sog. Zwischenhandelsprivileg (§ 7). Es handelt sich hier um Lieferungs-geschäfte, bei denen der Steuerpflichtige nicht den unmittelbaren Besitz überträgt. Ein Kunde bestellt bei einem Geschäftsmann Ware. Der Geschäftsmann, der die Ware nicht auf Lager hat, wendet sich an seinen Fabrikanten und beauftragt diesen, die Ware unmittelbar an den Kunden zu liefern. Der Geschäftsmann hat hier nicht die tatsächliche Verfügungsgewalt, den unmittelbaren Besitz über die Ware erlangt. Insofern sind seine Einnahmen aus einem solchen Geschäft umsatzsteuerfrei u. z. das gesamte Entgelt, das er bekommt, also auch sein Verdienst. Das Zwischenhandelsprivileg kommt vor allem Geschäftleuten zugute, die nach Katalog oder Muster verkaufen und nicht von ihrem Lager aus, sondern ab Fabrik oder Großhändler die Kundenschaft bedienen. Handels-geschäfte, welche effektiv abgemittelt werden in dem Sinne, daß die gelieferte Ware post'v in die tatsächliche Verfügungsgewalt des Käufers gelangt, von diesem „hineingekommen“ wird, sind steuerpflichtig, während die Einnahmen aus den Handels-geschäften, die sich fortsetzen auf dem Papier abwickeln, bei welchen der Geschäftsmann die gelieferte Ware, ehe er sie bei sich einlagert, wieder verkauft, über die gelieferte Ware schon disponiert, solange sie sich noch bei seinem Lieferanten befindet, steuerfrei bleiben. Es ist äußerst ratsam, sich sorgfältig nach der Eintragung der Einnahme Klarheit zu verschaffen, inwieweit die Einnahme steuerpflichtig oder steuerfrei ist und dementsprechend im Kassabuch in einer besonderen Spalte eine Vermerkung einzutragen. Bei Aufstellung der Erklärung erfordert das Herausheben der steuerfreien Beträge viel Zeit und Arbeit und mancher steuerfreie Posten wird in der Eile übersehen.

Umsatzsteuerfrei sind nicht nur die auf die geschilderte Weise erfolgenden Lieferungen eines selbständigen Unternehmers, sondern auch die Lieferungen eines Kommissionärs u. z. ohne Unterschied, ob eine Einkaufs- oder Verkaufskommission vorliegt. Nach der vom Reichsfinanzhof bestätigten richtigen Ansicht sind die Einnahmen des Kommissionärs bei direkten Lieferungen ganz steuerfrei, also sowohl der Betrag seiner Kommission als auch der Betrag, welcher nur als eigentlicher Kaufpreis für die gelieferte Ware durch seine Hände geht. Anders verhält es sich mit der Provision des Agenten. Diese ist in allen Fällen umsatzsteuerpflichtig, auch in den Fällen, wo die Lieferung der Ware, welche er vermittelt hat, ein reiner Warenaushandel im Sinne des § 7 U.S.G. ist. Denn der Agent bekommt seine Provision nicht für eine Lieferung, sondern für eine Leistung, nämlich für die Vermittlung des Geschäfts und unter § 7 fallen nur Lieferungen nicht aber Leistungen. Provisions ist es also von Bedeutung, ob jemand seine Geschäfte als Kommissar oder als Agent im Verkauf im eigenen Namen oder als Agent d. d. Vermittlung von Handels-geschäften für einen anderen abwickelt. Als Agent hat er immer seine Provision zu versteuern, ohne Rücksicht darauf, ob er in den Besitz der Ware kommt oder nicht. Als Kommissionär hat er entweder den gesamten Kaufpreis, den er erhält, zu versteuern, wenn er in den Besitz der Ware kommt oder er hat nichts zu versteuern, wenn er seine Geschäfte so abwickelt, daß § 7 eingreift.

Rechtsfragen des Alltags.

Der Abschluß eines Vertrages ohne Annahmeerklärung.

Ein Kaufmann hatte freibleibend eine Ware in einer Päckchen angeboten. Die Ware sollte nur in Postpaketen zu 10 Kg. zum Versand kommen können. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jede beliebige Menge geliefert werden konnte. Ein Interessent telegraphierte darauf: „Versuche um Zulassung offener Ware in Postpaketen, Kaufmann ergebe, senden Sie mir einige 100 Kilo.“ Daraufhin wurden zwei Lieferungen auf dem Weg gebracht. Die eine wurde eingelöst, die andere ging durch ein Versehen zurück. Auf nochmaliges, mündliches Angebot lehnte der Käufer die Annahme ab, da inzwischen der Marktpreis erheblich gefallen sei und er überhaupt nicht zur Annahme verpflichtet sei, da ein rechtsgültiger Vertrag nicht zustande gekommen sei. Das Reichsgericht war jedoch anderer Ansicht und verurteilte ihn zur Annahme bezw. Schadensersatz wegen Nichterfüllung. Es führte dazu aus: Das Inkraft des Verkäufers war nur eine Aufforderung, eine Offerte zu machen. Da ferner das Telegramm des Käufers keine irgendwie bestimmbar Menge der Ware angab, ist der hier gegebene Fall nicht mit dem Fall einer freibleibend bestimmten Offerte des Verkäufers und eines ihr angefangenen Antwortschreiben eines Käufers gleichzustellen. Ein Vertrag konnte nicht schon durch Stillschweigen auf die Bestätigung des Käufers geschlossen werden, vielmehr mußte noch etwas weiteres hinzukommen, damit der Vertrag rechtsgültig zustande kam. Nicht nötig war allerdings eine ausdrückliche Annahme. Dadurch, daß der Käufer die starken Preisveränderungen unterliegende Ware ergriff bestellte, hat er auf eine ihm gegenüber abzugebende Erklärung der Annahme verzichtet. Nötig war nur, daß der Kaufmann die Ware nicht schon rein intern bliebe, sondern sich in einer Handlung äußerte, die die Zustimmung von dem dem Käufer vorgeschlagenen Vertrage erob. Eine solche Handlung nahm der Verkäufer vor durch die Zulieferung der Postpakete. Diese Zulieferung war nicht bloß eine Vorbereitung der Annahme, vielmehr tat der Verkäufer damit alles, was ihm zur Ausführung des Vertrages oblag. Auch durch den Umstand, daß die Sendungen in der Zwischenzeit zwischen der Aufgabe zur Post und der Ankunft beim Käufer noch widerrufen werden konnte, wurde das Zustandekommen des Vertrages nicht gehindert. Nicht einmal der Widerruf selbst hätte diese Rechtshandlung herbeiführen können. Es wäre immer dabei vorzulegen, daß mit der Abwendung der Vertrag geschlossen war. Hat die Post die Kaufmannsendungen zurückgehen lassen, ohne sie dem Käufer vorzuzeigen, so ist er mangels eines tatsächlichen Angebots, das er hätte annehmen können nicht in Verzug geraten. Allen der Verkäufer hat ihm in dem Briefwechsel die Ware wiederholt angeboten. Das das verspätet gewesen ist, kann nicht geltend gemacht werden, denn an dem Willingen des ersten Angebots war Verkäufer schuldlos und die Gefahr der Verzögerung des Transports hatte der Käufer zu tragen. Es genügt bei dieser Sachlage auch ein widersprechendes Angebot, da der Käufer erklärt hatte, die Ware zu dem bedungenen Preise nicht annehmen zu wollen. (Wtzng. II 68/21).

Spartassen und Kapital-Verkehrssteuer.

Nach dem vom Steueransatz des Reichstags gefassten Beschluß sollen die Spartassen nur insofern als Händler anzusehen sein, als es sich um Anschaffungs-geschäfte über Schuldverschreibungen der im § 52 bezeichneten Art handelt. Nur hinsichtlich dieser Geschäfte sollen sie zum ermäßigten Satz der Händler-geschäfte befreit werden. Mit diesem Beschluß hat der Steueransatz die Wichtigkeit der Spartassen zum An- und Verkauf von Wertpapieren sehr eingeschränkt. Es bleibt dabei ganz unberührt, daß bereits zahlreiche öffentliche Spartassen namentlich im Westen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden den An- und Verkauf familiärer börsennotierter Wertpapiere für ihre Kunden vermitteln. Die Aufnahme dieses Geldverkehrs durch die Spartassen ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Selbstverständlich kann bei dem Geschäft ein Risiko für die Spartassen nicht in Frage, da der Ankauf nur erfolgen darf, wenn volle Deckung vorhanden ist.

National-Theater Mannheim.

Mittwoch, den 18. Januar 1922
25. Vorstellung außer Miete

Siegfried

Zweiter Tag des Bühnenfestspiels „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner.
Spielleitung: Eugen Gebroth.
Musikalische Leitung: Franz von Hoelllin.

Cast list for Siegfried including characters like Siegfried, Mime, Der Wanderer, Alberich, Falter, Erla, Brunnhilde, and their respective actors.

Anfang 6 Uhr Ende 10 1/2 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“

Abendlich 7 1/2 Uhr: S254
Das Riesensprogramm der klassischen Varieté-Kunst.
Stadt-Konzerte im Rosengarten.

Sonntag, den 22. Januar 1922, abends 9 Uhr
im Nibelungensaal

Einakter-Abend

unter Mitwirkung Mannheimer Künstler und des Orchesters

Jaques Offenbach: „Die Insel Tulipatan“
Operette in einem Akt
Karl Strocker: „Tanzstunde“
eine Scene.

In den Hauptrollen der Operette:

- Caenolds XXII, Fürst von Tulipatan... Herr Puschacher
Prinz Alexis... Fr. Kapper
Romboldal, Gros-Seneschal... Herr Papstorf
Theodorine, seine Frau... Fr. Brenken
Hermosa, beider Tochter... Fr. Breto

Karten zu 7-9 Mk., dazu die Steuer, im Rosengarten und Verkehrsverein.

Kassenstunden im Rosengarten täglich 11-1 und 1 1/2-4 Uhr, Sonntags 11-1 und (bei erhöhten Preisen) ab 3 Uhr bis Konzertbeginn. 80

K. R. Kabarett Rumpelmayer
Wochentags 8 1/2 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr
Margarethe Ardanie spricht: Der Henker v. Marie Madeleine. Mosa fram. Begleit.: Der Komponist Erich Traxel. Ansage: Heinz Schnabel. Tanzduette Geschw. Haber mann, Max Falke, d. bel. Humorist. Ferry - Duett, Emma Watson. S248

Ab Freitag, 20. Januar:
Europas schönster Prunk-Film:
Lady Hamilton
Hauptdarsteller:
Lady Hamilton - Liang Haid
Lord Hamilton - Werner Kraus
Lord Nelson - Conrad Veidt
Ferdinand, König von Neapel - Reinhold Schünzel
George, Prinz von Wales - Georg Alexander
Miss Arabella Kelly - Gertraud Welker
u. a. m. S276
Palast-Theater

Großes Bürgerbräu, Ludwigshafen a. Rh.
Jeden Mittwoch 7744

Grosses Schlachtfest

wozu freudl. einladet Jacob Gerstenmoler.

Kammer-Lichtspiele D 2, 6.
Bis inkl. Donnerstag:
Der geheimnisvolle Dolch 4. Teil mit Eddie Polo
Ich hatte ihn so lieb
Liebesdrama in 5 Akten

Emser
Quellbalsam
Surgeln & Katarren
E115
Pelze
werd. angef. und umgeord., Felle all. Art werd. a. Gerben u. Färb. angen.
Siegel, F 4, 3. S10

Zu dem heute Mittwoch stattfindenden

Ehren-Abend
des beliebten Kapellmeisters
Carl Waelde

0 5, 13 Wintergarten 0 5, 13
Telephon 7424
gestattet sich höflich einzuladen
Die Inh.: Frau N. Mertens

Nach mehrjähriger Tätigkeit an Mannheimer Krankenhäusern, zuletzt am Krankenhaus Sandhofen, habe ich mich in Sandhofen als
Arzt
niedergelassen.
Dr. med. Th. Hölcher
Sprechstunden: Scharhoferstrasse 34
Montag bis Freitag von 8-9 1/2 u. 2-4 Uhr
Samstag von 10-12 Uhr.

Konfirmationsbitte.
Die unterzeichneten Geistlichen bitten in ihrer Fürsorge für die Reibung bedürftiger Konfirmanden auch in diesem Jahre um glückliche Weisheit aller derer, die in dieser Zeit schwersten Dolemasamples so vieler noch in der Lage sind, ihren ringenden Willenlehen zur Seite zu stehen. Die Konfirmanden mit ihren sorgenden Eltern sollen erfahren, daß die Kirche ein Verhältnis hat für die Not unserer Tage und alles tun möchte, um in ausgleichender Weise allen Konfirmanden ihren Konfirmationstag freundlich zu gestalten. Darum die herzlichste Bitte: Haltet mit durch Geben an Geld, Kleibern, Schuben und Wünsche, daß die Kirche zur Konfirmation in gewünschter Weise ihre loyalste Aufgabe erfüllen kann.
Teinialtskirche: Kirchenrat Köhlich, Volkshed- fento Karlsruhe 24076
Stadtpfarrer Kenz, Volkshed- fento Karlsruhe 29076
Stadtpfarrer Schenk, Stadtpfarrer Waser
Kirchenrat v. Schöpffer; D. Klein
Stadtpfarrer Dr. Hoff; Stadtpfarrer Gebhard
Stadtpfarrer Ruchsch; Stadtpfarrer Sauerbrunn
Stadtpfarrer Wauer;
Gutherskirche: Stadtpfarrer Dr. Lehmann, Volkshed- fento Karlsruhe 16075
Stadtpfarrer Hof, Volkshed- fento Karlsruhe 1892
Reforschungspfarrei: Stadtpfarrer Rothenshöfer

Steuerberatungen
Umsatzsteuer, Einkommensteuer
Körperschaftssteuer
Buch- und Bilanz-Prüfungen
GEORG LEISTNER
in den Großstädten Karlsruhe u. Würzburg
zugelassen als 580
Vertreter in Steuersachen
MANNHEIM
Telephon 4369 Charlottenstr. 8

Bekanntmachung.
Die Erben des Konzepts Stal lassen am Freitag, 27. Januar 1922, vormitt. 9 Uhr im Notariat 2 in B 4, 1, unten rechts das Miteigentum von 1/2 an Bgh.-Nr. 298a und 508b Hsteland, künftig voraussichtlich Baugelände im 6. Sandwegmann, in der Nähe der Kaserne, 3805 qm und 3829 qm öffentlich an den Meistbietenden veräußern. 62
Die Versteigerungsgedinge können im Notariat 2 eingesehen werden.
Notariat 2.

Infolge Erhöhung
des Erzeuger-Milchpreises
in einzelnen Bezirken ist auch eine
Erhöhung des Verbraucherpreises
bedingt und beträgt derselbe ab 20. Januar 1922 für
1 Liter Vollmilch u. Vorzugsmilch Mk. 5.—
1 Liter Magermilch od. Buttermilch „ 2.40
Die Vorzugsmilch, welche am 19. Januar 1922
ausgegeben wird und zum Verbrauch für den 20.
Januar 1922 bestimmt ist, kostet bereits am Tage
der Ausgabe, also am 19. Januar 1922 Mk. 5.—
je Liter. 618
Mannheimer Milchzentrale A.-G.

Amliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Anmeldungen zum sofortigen Bezug von Weibens-
Prüfung und Weibens von der Reichsstat nimmt
Gesamtwahlungs N 2, 4 von 8-12 Uhr entgegen.
Preis: 1 Eier Mk. 40.—, 25 Weibens Mk. 30. 35
Vermietung eines Verkaufsaumes
In der neuerrichteten Marieballe am Lärchenweg wird
hiermit ausgeschrieben. Interessenten können Be-
dingungen beim Straßenbahnamt Colmarstraße 1,
Zimmer 24, einsehen. Vertragsbedingungen sind
gegen Erläuterung von M. 2.— erhältlich. Angebote
sind verschlossen mit Aufschrift: „Mietung Verkaufsaum
Marieballe Lärchenweg“ bis 30. Januar 1922,
10 Uhr normaltags einzureichen, zu welcher Zeit
Öffnung der Angebote im Beisein der etwa er-
schienenen Interessenten erfolgt. 92

Am 13. Januar verschied nach kurzer schwerer Krankheit unser
Geschäftsführer
Herr Direktor
W. G. Brandenburg
Er gehörte zu den Gründern unserer Gesellschaft und hat an ihrem Aufbau hervorragenden Anteil. Mit vorbildlichem Interesse hat er sein reiches Wissen und seine großen Erfahrungen in den Dienst unserer Gesellschaft gestellt. Seine Umsicht und Tatkraft waren die Hauptursachen für unsere Entwicklung.
Wir betrauern in dem Hingeschiedenen einen Mann von seltenen geschäftlichen und persönlichen Eigenschaften. Unsere Gesellschaft hat ihm Außerordentliches zu verdanken. Wir werden die Erinnerung an ihn stets in Treue bewahren. 620
„Anker“
Kohlen- und Briket-Werke
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Mannheim.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die tiefchmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager 7749
Johann Friedrich Hartmann
am Dienstag vormittags 1/2 3 Uhr im Alter von 61 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit von uns geschieden ist.
MANNHEIM, den 17. Januar 1922.
In tiefer Trauer:
Frau Anna Hartmann geb. Weis
nebst Kinder
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. nachmitt. 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Torpedo
Reparatur-
Werkstoffe für
alle Systeme
Otto Zickendraht
MANNHEIM
— 0 7, 5 —
5182

American-Line.
Regelmäßige Passagier- u. Frachtdampfer
Hamburg - New York.
Passagierdampfer:
Doppelschraubendampfer „Mongolia“ 1. Febr.
Dreischraubendampfer „Minnelunda“ 15. Febr.
Doppelschraubendampfer „Haverford“ 1. März
Doppelschraubendampfer „Mongolia“ 15. März
Dreischraubendampfer „Minnelunda“ 29. März
Doppelschraubendampfer „Minnelunda“ 12. April
Doppelschraubendampfer „Mongolia“ 26. April
Passagiere benötigen vorgeschriebene Ausweis-papiere.
Frachtdampfer
Hamburg-Baltimore-Boston-Philadelphia usw.
Auskunft erteilen E153
AMERICAN-LINE
Hamburg, Börsenbrücke 2.
Gundlach & Bärenklau Nachf.
Mannheim, Bahnhofplatz 7.

Kernseife Schmierseife
Seifenpulver Fettlaugenpulver
Kristallsoda
Liefert prompt
Ludwig Schupp
Seifen- und Seifenpulverfabrik
Tel. 7084 Max-Josef-Str. 27.

Elektromotoren
Generatoren, Stark- und Schwachstrom-
isolierte Leitungen
Oberrheinische Elektrizitätsgesellschaft
m. b. H.
Mannheim, Schwetzingenstrasse 63
General 1407, Telegrammadr.: Elektrizitätsgesellschaft
Beratung mit Verkaufslager erster Fabrikanten

Gebrauchte Sädle
Mannheim, H. A. 24 - Telephon 2271
Ganze und zerlegt.

Miet-Gesuche
Büro
per sofort oder in Kürze zu
mieten gesucht.
Belegnetes Bademotel kann auch in Gruppe.
Zufolge
Gebr. Wolff, Saarbrücken 3
Bahnhofstrasse 34.

Vorstandsmitglied einer hiesigen behörden-
tenden Wittensgesellschaft der Großhändler,
niel auf Reisen, sucht
2 gut möblierte Zimmer
(Wohn- und Schlafzimmer), mit elektrischem
Licht und Zentralheizung, wenn möglich mit
Bad, in günstiger Lage, Städtel oder Garten-
zentrum zu mieten. Angebote erbeten unter
K. M. 260 an Rudolf Wolff, Mannheim.

Unterricht
Engl. u. Französ.
für Anfänger u. Fortgeschrittene. Eigene Methode.
Einführung gratis. Anmeldung jederzeit in der
D-E-F-Sprachschule G. H. 3. Tel. 2211.

Französisch!
Besserer Herr sucht zur
Verbesserung seiner
franz. Sprachkenntnisse
mit Herrn oder
Dame in Verbindung
zu treten zwecks Konver-
sationen in den Abendun-
den meist. gegen Be-
zahlung. 7708
Angebote u. C. R. 82
an die Geschäftsstelle.
Vermietungen
Möbl. Zimmer
Wohnungstausch
Bergmann, P 4, 2

Geldverkehr.
4-5000 Mark
sucht jg. Mann zu Stu-
dienzwecken geg. monatl.
Abzahlung u. Zinsen zu
leihen. Angebote sind
zu richten u. D. A. 91 an
die Geschäftsstelle. 24633
Kassen-
schrank- und
Registrierkassen-
Spezialgeschäft
G. MERKLE P 2/4
u. HEIDELBERG
Göthestraße 1
Tel. 2250
51